

Gutes Ergebnis in London

Großbritannien will deutsche Frage auf der Gipfelkonferenz unterstützen

London (ap/dpa). Die dreitägigen Londoner Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Premierminister Macmillan fanden ihren Abschluß mit der Veröffentlichung eines Kommuniqués, aus dem ein volles Einverständnis der beiden Regierungschefs in allen behandelten Punkten spricht. Der Bundeskanzler erlangte das britische Einverständnis, daß auf einer kommenden Gipfelkonferenz „erneut Anstrengungen gemacht werden sollten, die Regierung der Sowjetunion auf ihre Verpflichtung hinzuweisen, die Teilung Deutschlands zu beenden“.

Der Bundeskanzler seinerseits stimmte seinem britischen Kollegen darin bei, daß die Verhandlungen über eine Ergänzung des gemeinsamen Marktes der sechs Staaten „Kleineuropas“ durch die von Großbritannien dringend gewünschte, aber bisher von Frankreich verzögerte Freihandelszone „möglichst schnell einem erfolgreichen Abschluß zugeführt werden sollen“.

Ein weiteres Ergebnis des Kanzlerbesuches war die am Freitagnachmittag durch die Außenminister von Brentano und Lloyd erfolgte Unterzeichnung eines deutsch-britischen Kulturabkommens, das dem Kommuniqué zufolge „einen wichtigen Beitrag zur deutsch-englischen Freundschaft darstellt“. Der Kanzler und der Premierminister drückten ferner ihre Freude darüber aus, „daß die Grundlage einer Einigung über das Problem der britischen Streitkräfte in Deutschland gefunden worden ist“.

Hervorgehoben wird in dem Kommuniqué der „offene und freundschaftliche Geist“ und das „gegenseitige Vertrauen“, in dem die Besprechungen geführt worden seien, sowie der Wunsch beider Regierungschefs, die wertvollen persönlichen Kontakte „zu einer regelmäßigen Praxis auszugestalten“.

Die beiden Regierungschefs erklärten sich in dem Kommuniqué darin einig, „daß die Abhaltung einer Gipfelkonferenz wünschenswert sei“, die aber „Einigung über bedeutungsvolle Fragen“ bringen müsse. Sie betonten die Wichtigkeit guter Vorbereitungen für die Aussichten auf einen erfolgreichen Ausgang und erwarten deshalb „rasche Fortschritte in den diplomatischen Gesprächen, die jetzt in Moskau begonnen ha-

ben“. Sie stimmen auch darin überein, daß erfolgreiche Gipfel-Verhandlungen über eine kontrollierte Abrüstung „mehr als alles andere zur Lösung anderer Streitfragen zwischen Ost und West beitragen“ würden.

Sandys zum NATO-Beschluß

Der britische Verteidigungsminister Duncan Sandys erklärte nach seiner Rückkehr von der Pariser NATO-Konferenz, das Übereinkommen über die Zusammenarbeit in der europäischen Waffenproduktion sei ein großer Schritt vorwärts, wenn sich die daran geknüpften Hoffnungen erfüllten. Sandys betonte, daß die Westeuropäische Union die uneingeschränkte Unterstützung der Vereinigten Staaten für ihre Pläne habe.

Für deutschen Zusammenhalt

Ernst Lemmer sprach zu den Deutschen in Ost und West

F. Berlin (Eigenbericht). Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, hielt über alle Sender der Bundesrepublik eine Rede, in der er sich mit den bestürzenden Meldungen auseinandersetzte, die über neue Zwangsmaßnahmen in der sowjetisch besetzten Zone in die Bundesrepublik gedrungen sind.

Es bliebe uns keineswegs verborgen, so sagte der Minister, wie systematisch gerade in letzter Zeit die Sowjetisierung in der Zone weitergetrieben wird. Unsere Landsleute auf der anderen Seite der Trennungslinie dürften auf keinen Fall den Eindruck gewinnen, daß wir gegenüber ihrem Leid,

ihrer Kummer und ihrer Not gleichgültig geworden wären. Wörtlich fuhr der Minister fort: „Wir denken nicht daran, wenn es auch täglich von der SED behauptet wird, zum Umsturz in der ‚DDR‘ aufzurufen. Wir wissen, daß wir mit solchen Mitteln der Wiedervereinigung nicht näherkommen.“

Mit einem Appell schloß Bundesminister Lemmer, alles zu tun, was den Zusammenhalt unseres Volkes fördert und alles zu unterlassen, was ihn gefährdet. Niemals dürfe ein Tag kommen, an dem festgestellt werden müsse, daß die Deutschen hüben und drüben noch die Sprache gemeinsam hätten, aber aufgehört haben, noch ein Volk zu sein.

Die neuen Bündnisse

K. W. B. Selten war bei den vielen politischen Besuchen und Gegenbesuchen, die sich in den Provinzen der Nachkriegszeit abgespielt haben, so sehr zu erkennen, wie willkommen der Gast dem Gastgeber gewesen ist — wie bei der Reise, von der der deutsche Bundeskanzler wieder nach Bonn zurückgekehrt ist. Es war nicht nur die ungewöhnliche Geste eines Diners bei der Königin auf Schloß Windsor, und es war auch nicht das prall mit allen „Fragen der Übereinstimmung“ gefüllte Kommuniqué über die vielen Besprechungen zwischen Macmillan und Adenauer, sondern es war mehr noch die sichtbare Erwartung und Hoffnung auf politische Wirkungen, die die britischen Gastgeber an die deutschen Gäste gewandt haben. Auch damit ist es nicht getan, die vielfältig prekäre Lage des britischen Inselreiches für die demonstrative Freundlichkeit in Rechnung zu stellen, mit der in diesen Tagen die kühlen Briten den Repräsentanten der Bundesrepublik begegnet sind. Man mag es wenden wie man will: das deutsch-englische Verhältnis hat nie so intensive Temperaturen entwickelt wie heute.

Ist das in einer Welt, die daran arbeitet, die zweiseitigen Bündnisse und Allianzen abzubauen oder mindestens geringer zu achten gegenüber den großen Zusammenschlüssen in Fronten, noch von Bedeutung? Die Londoner Szene der letzten Tage macht es deutlicher, als es die groben Vereinfacher wahrhaben wollen, welche politischen Problem-Massen noch zwischen den Völkern und Staaten liegen und sich immer wieder zwischen sie drängen: zwischen Völker, die nach einer allgemeinen Einsicht eigentlich in einer Art von westlichem Familien-Clan zusammen leben und zusammen arbeiten sollten. England hat seine sehr eigenen Probleme. Und seit die europäischen Kontinentalstaaten

in ihrer Mitte darangegangen sind, sich zu einer Vereinigung zusammenzuschließen, hat der Sonderfall der britischen Insel immer eine belastende Rolle gespielt.

Zwar existieren am Untergrund der europäisch-atlantischen Gemeinsamkeit noch Verbindungen besonderer Dichte wie die Entente Cordiale zwischen Frankreich und England. Aber die neuen Zusammenschlüsse auf dem Kontinent haben auch neue Lebensbedingungen auf der Insel geschaffen; Bedingungen, die sich fraglos nicht einfach durch den englischen Beitritt zu einem auf dem Kontinent wirksam werdenden europäischen Kontrakt auslöschen lassen. Vor allem erwächst der mächtig gewachsenen wirtschaftlichen Potenz nicht nur ein politischer Respekt. Sie ist jetzt sogar zum Mittler zwischen den französisch-britischen Auseinandersetzungen um die europäische Freihandelszone gerufen worden. Nicht ohne Grund war Professor Erhard der von den Briten nach Adenauer am meisten willkommen geheißenen deutsche Gast. Es wäre jedoch kurzzeitig, in der britisch-deutschen Begegnung lediglich eine Gelegenheit zu erkennen, durch die die Engländer Auswege aus ihren wirtschaftlichen Bedrängnissen suchen. Die Freihandelszone, mit der sich die Briten dem nun sich bildenden Gemeinsamen Europäischen Markt verbinden wollen, wird von den Franzosen, oder mindestens den einflußreichen Kreisen der französischen Industrie, noch immer mit scheelen Augen angesehen. Die europäische Vorarbeit jedoch, die die Bundesrepublik durch ihre angestrengte Zusammenarbeit mit Frankreich geleistet hat, macht sie den Engländern als Mittler bei den französischen Freunden erwünschter als ihre eigene geschichtliche Verbundenheit mit den Franzosen. Freihandelszone, Gemeinsamer Markt und Wirtschaftsgemeinschaft sind nun aber keineswegs mehr dem Politischen entrückte Entwicklungsphasen

im Verhältnis der europäischen Staaten zueinander; sie sind heute zu den entscheidenden konkreten Faktoren geworden, auf denen erst das Bekenntnis zu einer gemeinsamen Lebensform und einer gemeinsamen Verteidigung dauerhafte Gestalt annehmen kann.

Sicherlich wird diese Aufgabe, die die Bundesrepublik hier übernommen hat, um so mehr Gewicht haben, als sie gerade anläuft, bevor der zweite Mann Moskau, Mikojan, nach Bonn kommt. Mit Mikojan schickt der Kreml zur Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Handels-, Konsular- und Repatriierungsabkommens einen Mann, dessen besondere Qualifikation in der Kenntnis und der Herrschaft über die Wirtschaft liegt. Er wird nicht nur durch den Wirtschaftswunderwald gehen wollen, sondern er wird, seiner politischen Position gemäß, gerade die gewichtige europäische Mission zu erkennen wünschen, die heute die Wirtschaftskraft des freien Deutschland für Europa präsentiert.

Den Sowjets hat so sehr an dem deutsch-sowjetischen Handelsabkommen gelegen. Es ist dank der zähen und geduldrigen deutschen Verhandlungsführung ein uns befriedigendes Abkommen auch über die mögliche Heimkehr von vielen Tausend in Rußland verbliebenen Deutschen geworden. Der sowjetische stellvertretende Ministerpräsident kommt zur Bundesregierung, die alle Anstrengungen macht, die Kraft Europas und seine Einigkeit zu stärken und zu erweitern. Er kommt zu einer Regierung, die diesen Besuch jetzt um so mehr als einen Besuch Europas auffassen muß. Für Bonn hat das zu bedeuten, daß es die Gelegenheit nutzen wird, um den Sowjets zu sagen, wie sehr diese Stärkung und Einigung Europas, die es so intensiv betreibt, vornehmlich den Zweck hat, die Sowjetunion zur Freiheit und zur Freigabe des ganzen Deutschland zu bewegen. Insofern ist der Sowjetbesuch eine wertvolle Ergänzung des deutschen Besuchs in London.

Prag wollte Schutzmacht werden

Diplomatischer Vorstoß der Tschechoslowakei gescheitert

W. Bonn (Eigenbericht). Die Tschechoslowakei hat vor kurzem den Versuch unternommen, in den westlichen Staaten die Funktionen einer „Schutzmacht“ für die deutsche Sowjetzone zu übernehmen. Der Versuch, der bis heute vor der Öffentlichkeit geheimgehalten wird, wurde von allen westlichen Regierungen zurückgewiesen. Sie folgten dabei dem Wunsch der Bundesregierung, die gegenüber den beteiligten Regierungen erklärte, es wäre höchst unerwünscht, wenn die Sowjetzone auf diesem Umwege als „zweiter deutscher Staat“ anerkannt würde. Der Ständige Rat des atlantischen Bündnisses in Paris hat sich daraufhin mit der Frage beschäftigt, und der deutsche Standpunkt wurde ohne Zögern einmütig als richtig erkannt. Nach deutscher Auffassung hat sich in diesem Fall die Zusammenarbeit in der atlantischen Organisation ausgezeichnet bewährt.

Schon vor einigen Monaten hatte die Tschechoslowakei, wie wir erfahren, in Schweden einen zaghaften Versuch unternommen. Ohne die deutsche Sowjetzone ausdrücklich zu nennen, ließ sie bei der schwedischen Regierung anfragen, ob sie in Schweden die Befugnisse einer Schutzmacht für einen anderen Staat übernehmen könne. Da normalerweise nur nach einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen die Frage auftaucht, ob ein anderer Staat die Funktionen einer „Schutzmacht“ übernimmt, erschien es zunächst höchst fraglich, ob Prag an die deutsche Sowjetzone dachte, die nie offizielle Beziehungen zu Schweden gehabt hat. Im März erklärten die tschechoslowakischen diplomatischen Missionen in einer Reihe von europäischen Ländern aber plötzlich, sie wollten von nun an Sichtvermerke für Reisen in die deutsche Sowjetzone erteilen. Nach der Beratung in Paris wurde den tschechoslowakischen Diploma-

ten übereinstimmend mitgeteilt, sie hätten nicht das Recht, Visen für Fankow auszustellen. — Damit war dieser neueste Vorstoß, der auf die Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der Sowjetzone abzielte, abgeschlagen.

Verfechter der Entspannung

Mailand (dpa). Über den Abschluß des Adenauer-Besuches in London schreibt die unabhängige „Corriere della Sera“: „Am Schluß der letzten Pressekonferenz konnte niemand die Weisheit Churchills bestreiten, der den jetzigen deutschen Kanzler den größten deutschen Staatsmann nach Bismarck nannte. Der Kanzler, selbstsicher, ruhig und heiter, hat von Anfang an

klargestellt, daß er jetzt die Funktion eines Verfechters der Entspannung übernehmen will. Wer ihn noch für einen Verteidiger des kalten Krieges hält, hat seine Ansicht ändern müssen.“

Lohnstreik beigelegt

Herford (ap). Der Lohnkonflikt in der westfälischen Möbelindustrie mit ihren rund 40 000 Beschäftigten ist mit der vorläufigen Annahme eines Vermittlungsvorschlages beigelegt worden. Danach soll zunächst der Ecklohn von 2,05 DM in Ortsklasse I bis zum 1. Juni um insgesamt 11 Pfennig erhöht werden.

Auch der Streik in der holzverarbeitenden Industrie Schleswig-Holsteins ist beendet. Die Arbeit wurde in den neun bestreikten Betrieben wiederaufgenommen.

Keine Nachteile für Berlin

Sonderbotschafter Lahr zum Konsularabkommen

Berlin (dpa). Der Leiter der deutschen Verhandlungsdlegation für die deutsch-sowjetischen Handels- und Konsularbesprechungen in Moskau, Sonderbotschafter Dr. Robert Lahr, versicherte dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, aus dem paraphierten Abkommen entstünden keine Nachteile für Berlin.

Der Berliner Senat hatte nach Paraphierung der Abkommen festgestellt, daß nicht wie bei ähnlichen Abkommen mit anderen Staaten eine besondere Regelung für Berlin vorgesehen ist. Aus dieser Tatsache waren in Berlin Befürchtungen laut geworden, die Interessen der Berliner könnten nach dem neuen Konsularabkommen nicht genügend gewahrt werden. Der Regierende Bürgermeister hatte vornehmlich bemängelt, daß Berlin vor Paraphierung der Abkommen nicht ausreichend gehört wurde.

An der Unterredung mit Botschafter Lahr nahmen auch Bürgermeister Franz Amreth, der Senator für Bundesangelegenheiten, Dr. Günther Klein, und der

Bundesbevollmächtigte in Berlin, Dr. Heinrich Vockel, teil.

Nach den Besprechungen zwischen Botschafter Lahr und Bürgermeister Willy Brandt wurde ein kurzes Kommuniqué herausgegeben, in dem es heißt: „Als Ergebnis der Aussprache wird festgestellt, daß berechtigte Hoffnungen bestehen, daß aus den Vereinbarungen keine Nachteile für Berlin entstehen.“

Sowjetische Offiziere fotografierten heimlich

Flensburg (ap). Ohne Wissen der Bundeswehrdienststellen haben vier Offiziere der sowjetischen Militärmission Kasernenanlagen in Flensburg fotografiert, wie die Standortkommandantur mitteilte. Nach diesen Angaben wurde die Anwesenheit der sowjetischen Offiziere erst bekannt, als diese mit ihrem Wagen durch ein verkehrswidriges Überholmanöver einen Verkehrsunfall verursachten.

Verbesserung für 120 000 Berliner

Abgeordnetenhaus verabschiedet Senatsvorlage / Reichen neue Richtsätze aus?

Berlin (Eigenbericht). Für 120 000 Berliner hat das Abgeordnetenhaus die Fürsorgerrichtsätze vom 1. Mai an auf Grund der gestiegenen Lebenshaltungskosten erhöht. Die Mehrkosten betragen für das Rechnungsjahr rund 6,8 Millionen DM. Die entsprechende Senatsvorlage wurde einstimmig gebilligt, obwohl Sprecher der FDP im Verlauf der Aussprache Bedenken erhoben hatten. Hucklenbroich (FDP) bezweifelte zum Beispiel, ob diese Erhöhung wirklich ausreiche. Von Sprechern anderer Fraktionen und vom Senator für Arbeit und Sozialwesen, Bernoth, wurde darauf hingewiesen, daß man nicht ohne weiteres in das Lohngefüge einbrechen könne. Zwischen den Löhnen, der Arbeitslosenunterstützung und den Fürsorgerrichtätzen müsse ein entsprechendes Verhältnis gewahrt bleiben.

Bernoth betonte ferner, daß Berlin auch an die Richtlinien des Bundes gebunden sei. Die neuen Berliner Fürsorgesätze würden ungefähr denen von Hamburg entsprechen. Auch der CDU-Abgeordnete Johannes Müller warnte vor einer falschen Einschätzung der gegenwärtigen Situation und warf der FDP wahlpropagandistische Manöver vor. Der Fürsorgerrichtsatz z. B. für den Hauptunterstützten wird, wie der TAG bereits meldete, von bisher 65 DM auf 70 DM monatlich und der Satz für mitunterstützte Ehegatten von 54 DM auf 58 DM heraufgesetzt.

Auch im weiteren Verlauf der diesmal nur dreistündigen Sitzung standen Sozialfragen im Vordergrund. Bernoth kündigte an, daß die neuen Richtlinien des Bundesarbeitsministeriums über die Gewährung von Teilrenten an Grenzgänger diesem Personenkreis wenigstens eine kleine Hilfe verschaffen. Auf Anfrage der CDU teilte der Senator mit, der Senat wolle darauf dringen, daß man das im Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetz vorgesehene Anpassungsgesetz beschleunigt ausarbeiten und im Bundestag einbringen werde. Zuvor hatten die Abgeordneten das Bundesgesetz zur Änderung des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes übernommen, das u. a. die Voraussetzungen der Versicherungsfreiheit von Handwerkern und ihre Befreiung von der halben Beitragsleistung hinsichtlich der Altersversorgung regelt.

Ferner stimmte das Parlament einem gemeinsamen Antrag von

SPD und CDU zu, wonach der Senat bis zum 31. August 1958 Pläne über eine Sonderschule für körperbehinderte Kinder vorlegen soll. CDU-Abgeordneter v. Radetzky wies darauf hin, daß Hamburg bereits über eine derartige Schule verfüge. Bis zum 1. November soll der Senat einen Bericht über Maßnahmen für eine verbesserte Erwachsenenbildung in Westberlin ausarbeiten. Im Zusammenhang mit einer CDU-Anfrage über die Erhöhung der Baukosten warnte Rosenstein (CDU) vor einer Minderung der Bauqualität und schätzte die zu erwartende Baukostenerhöhungen im Wohnungsbau auf 4,5 Prozent.

Neues Telefonbuch

Am 5. Mai beginnen die Postämter mit der Ausgabe des neuen Fernsprechbuches 1958/59. Alle Fernsprechbesitzer erhalten rechtzeitig eine Benachrichtigungskarte mit dem Termin für den Umtausch der alten Bücher und der Angabe des hierfür zuständigen Postamtes. Gegen Abgabe des alten Fernsprech- und Branchen-Fernsprechbuches erhält jeder Anschlußinhaber kostenlos die beiden Neuausgaben. Zusätzliche Bücher können für 6 DM bezogen werden.

Das neue Telefonbuch enthält auch die Anschlußnummern für die Vermittlungsstelle „13“ in der Körnerstraße im Bezirk Tiergarten, die am 3. Mai in Betrieb genommen wird. Im alten Fernsprechbuch war die neue Anschlußnummer in Klammern

hinter die bisherigen Telefonnummern mit der Kennziffer „24“ gesetzt worden. Von Mai an gelten dann für die Anschlußinhaber im nördlichen Bereich des Amtes „24“ nur noch die neuen Telefonnummern.

Eine Grotteske

DT. Am 16. 4. 1958 hat der frühere Sozialdemokrat Grotewohl in der Volkskammer den Bundesminister Ernst Lemmer einen Goebbels-Schüler genannt. Am 23. Februar 1932 sagte Ernst Lemmer im Reichstag: „Der Abgeordnete Dr. Goebbels hat die Sozialdemokraten die Partei der Deserteure genannt. Diese Beleidigung, die auch zahlreiche Mitglieder dieses Hauses beschimpft, die den Weltkrieg mitgemacht und zum Teil ihre Gesundheit geopfert haben, hat bei den Kriegsteilnehmern dieses Hauses die größte Entrüstung ausgelöst. Wir weisen die infame Beleidigung des Abgeordneten Dr. Goebbels auf das Schärfste zurück, wir tun das um so nachdrücklicher, als der Abgeordnete Dr. Goebbels und ein großer Teil seiner Fraktionskollegen den Weltkrieg nicht mitgemacht haben.“

Wissenschaftler geflüchtet

Berlin (Eigenbericht). Der Hallenser Professor Dr. Franz Wohlgenuth ist aus der Sowjetzone geflüchtet und hat sich dadurch der Verhaftung durch den Staatssicherheitsdienst entzogen. Wohlgenuth war von 1951 bis 1954 Hauptabteilungsleiter und Stellvertreter des Staatssekretärs für Hochschulwesen. In dieser Eigenschaft war er maßgeblich verantwortlich für Fragen der studentischen Ausbildung, Berufspolitik und der Forschung. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU übernahm Wilhelm Girnus das Staatssekretariat für Hochschulwesen und Wohlgenuth wurde an die Universität Halle als Professor für wissenschaftlichen Sozialismus berufen.

Zwischen Elbe und Oder

„Protestwalze ist überdreht“..

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht). Die Bevölkerung Mitteldeutschlands will einen dritten Weltkrieg ebensowenig wie die Bevölkerung der Bundesrepublik und Westberlins. Was ihnen aber besonders mißfällt, ist der Zwang zur Demonstration. Die Betriebsangehörigen müssen auf die Straße. Wer nicht mitmacht, gilt als Staatsfeind.

MAGDEBURG

Die Arbeiter des Karl-Liebknecht-Werkes können das Schlagwort von der westdeutschen Atomgefahr nicht mehr hören. Tagein, tagaus hören sie in Kurzversammlungen, im Betriebsfunk, am Arbeitsplatz, in der Kantine, in ihren Wohnungen etwas über den drohenden Atomtod. Die SED tut so, als müßte die ganze Menschheit sterben, wenn sie nicht in die kommunistische Partei eintritt. „Die Protestwalze ist überdreht“, gestand der Parteisekretär ein. Jeder unterschreibt, um seine Ruhe zu haben.

Bekennnis zum Frieden und zum Sozialismus. Das steht über den Feiern zur Jugendweihe. In den Zeitungen drucken nur staatliche Behörden, volkseigene Betriebe und vom Staat abhängige Institutionen Glückwünsche mit anfeuernden Sprüchen ab. Die heftig propagierten Danksagungen blieben aus.

Abstimmungen eigener Art. Die Bevölkerung Magdeburgs zeigt ihre politische Einstellung auf ganz besondere Weise. Die politischen Veranstaltungen sind schlecht besucht und „lahm“. „Heute meldet sich keiner mehr zu Wort, weil doch nichts rauskommt“, erklärte ein alter Magdeburger auf der gutausgerüsteten europäischen Handwerkskunstausstellung im Museum.

LEIPZIG

Spitzensportler gegen Anti-Atom-Reklame der SED. Mit der roten Fahne sollte der Europa-Rekordmann, der bekannte Schwimmer Hans Zierold, während einer Anti-Atomkundgebung fotografiert werden. Als er sich weigerte, nannte man ihn Klassenfeind. Andere würden sich danach reißen, mit der SED-Fahne abgebildet zu werden. Hans Zier-

old kennt keinen einzigen Sportler, der das gern täte. Er flüchtete nach Westberlin und wurde dort stundenlang von einem Beauftragten der Hochschule für Sport- und Körperkultur, Leipzig, bearbeitet, er solle zurückkehren, alle Möglichkeiten stünden ihm zur Verfügung. Zierold lehnte ab und schlug alle Angebote zurück. Das politische Spiel habe ihm die Zone vergällt, sagte er und zog das Dasein mit ein paar materiellen Sorgen einem Leben als politischer Spitzensportler vor.

Im Schatzkästlein. Was die Leute hören wollen, zeigte das ausverkaufte Schatzkästlein. Auf dem Gohliser Schloßchen konnte man eine Stecknadel zu Boden fallen hören bei den Rezitationen zeitloser Kostbarkeiten wie z. B. „Marienbader Elegie“, aus Stefan Zweigs „Sternstunden der Menschheit“ u. a.

NEUBRANDENBURG

Handwerksbetriebe werden liquidiert. Nach einer Zeit des Wohlstands geht es jetzt den selbständigen Handwerkern an den Kragen. In die HPG — Handwerkliche Produktionsgenossenschaft sollen sie eintreten. Tun sie es nicht freiwillig, sucht der Staat Mittel und Wege dazu. Gütekontrolleure kommen monatlich in den Betrieb. Preisprüfer schnüffeln in den Büchern. Sie bringen den Auftrag mit, etwas zu finden. Steuerprüfer kontrollieren den Betrieb. Auch sie sollen Fehler aufspüren. Kommen sie an „dunkle Punkte“, gibt es hohe Strafen. Wer diese Strafen nicht bezahlen kann, erhält die einmalige Chance: Eintritt in eine HPG oder staatliche Beteiligung.

Keine Ausschmückung der Fenster privater Kaufleute konnte die SED feststellen. Im ganzen Bezirk Neubrandenburg

sei dies Ausdruck einer negativen Haltung. HO und Konsum schmückten Schaufenster gegen den Atomkrieg aus und demonstrierten ihre Haltung zur Aufrüstung im Westen, die Privatleute aber weigerten sich, derartige „Friedenstaten“ zu zeigen.

Böses Blut wegen Westreiseperrre. Die Stadtbehörde verbietet Reisen. Der Kohlenhändler darf nicht nach Kanada, um seinen Bruder zu besuchen, der Arzt kriegt keine Reisegenehmigung nach Österreich, der Lehrer darf seinen Vater im Ruhrgebiet nicht besuchen, der Arbeiter erhält keine Aufenthaltsgenehmigung, der Oberschüler darf nicht zur Konfirmation seines Veters.

LAUCHHAMMER

„Wenn es erst einmal anders rum kommt...“ In der Großkokerei Lauchhammer gibt es viele sogenannte Reaktionen. Die Betriebszeitung „Der Koker“ muß in einem Leitartikel zugeben, daß viele Kumpel der Partei drohen: „Wartet nur, wenn es erst einmal wieder anders kommt...“ Das seien Verherrlichungen der kapitalistischen Verhältnisse, die nie wieder kämen. Das sei durch die falsche Brille gesehen.

Die proletarische Militärdisziplin verlangt Gehorsam, stellte der Kampfgruppenführer des Werkes fest. Der kapitalistische Militarismus, der im Stile von 08/15 schleife, fordere zur Befehlsverweigerung heraus, man müsse aber unterscheiden zwischen proletarischem und kapitalistischem Gehorsam.

DESSAU

Oberschüler mußten die Schule verlassen, weil Angehörige „illegal“ nach dem Westen gegangen sind. Abiturienten bekamen keine Zulassung zum Studium, weil der Vater Akademiker ist. Arbeiter- und Bauernstudenten wurden von der Universität verwiesen, weil Geschwister im Westen leben. Schüler müssen zum Praktikum in die Produktion.

Die Kosten der sozialen Sicherheit

Etzel: Aktive Konjunkturpolitik mit allen Mitteln

W. Bonn (Eigenbericht). Die Bundesregierung will durch einen ausgeglichenen Haushalt die Stabilität der Währung sichern, aber sie sieht in dem neuen Bundeshaushalt, der mit einer Rekordhöhe von 39,2 Milliarden DM abschließt, zugleich ein Instrument zur günstigen Beeinflussung der Konjunktur. Bundesfinanzminister Franz Etzel erklärte in seiner Haushaltsrede vor dem Bundestag, notfalls werde die Regierung alle Möglichkeiten einer aktiven Konjunkturpolitik einsetzen, um „die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung vor den zerstörenden Folgen einer schweren Krise zu bewahren“.

Etzel bezeichnete die derzeitige Lage der Bundesfinanzen als befriedigend. Der neue Haushalt habe nur durch eine optimistische Schätzung der Steuereinnahmen ausgeglichen werden können. Man müsse aber zugeben, daß das geschätzte Sozialprodukt nach der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Monaten für das nächste Jahr nicht mehr wahrscheinlich ist. Aber er wolle sich nicht den Vorwurf des „Zweckpessimismus“ zuziehen und verfolge deshalb bewußt eine Finanzpolitik „am Rande des Defizits“.

Sozialstaat verwirklicht

Der größte und wichtigste Block der Bundesausgaben sind auch in diesem Jahr wieder die Aufwendungen für die soziale Sicherheit, die auf rund 15 Milliarden DM oder 40 Prozent des ordentlichen Haushalts angestiegen sind. Der Sozialstaat, sagte Etzel, sei damit in dem Maße verwirklicht worden, das gesamtwirtschaftlich noch vertretbar erscheine. Eine Weiterentwicklung zum „kollektiven Versorgungsstaat“ könnte nur mit einem Verlust an Wohlstand und Lebensstandard aller erkaufte werden. Zum Beispiel sei die neueste Forderung der Geschädigtenverbände, die Kriegsopferversorgung um 4,3 Milliarden DM zu verbessern, unerfüllbar.

Der Bundeswehr werden im neuen Haushalt 10 Milliarden DM zur Verfügung stehen, sie kann aber zusammen mit den Ausgaberesten vergangener Jahre über etwa 16 Milliarden verfügen. Für die Zahlung von Stationierungskosten an verbündete Mächte seien keine Gelder mehr vorhanden, betonte Etzel.

Kritik der SPD

Als Sprecher der SPD beanstandete der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Schöttle, daß die Sozialleistungen des Bundes von der Regierung zu sehr hervorgehoben würden. Das sei eine Irreführung der Öffentlichkeit. Wenn man die Aufwendungen für Pensionen, Kriegsfolgelasten und Wohnungsbauten abziehe, zeige sich, daß die Sozialleistungen in den letzten zwei Jahren nicht angestiegen, sondern zurückgegangen seien. In Wirklichkeit seien

die Verteidigungsausgaben der Angelpunkt des Bundeshaushalts. Eine finanzpolitische Katastrophe könne nur abgewendet werden, wenn man den militärischen Planungen Einhalt gebiete. Schöttle warnte davor, die Sozialleistungen zugunsten der Verteidigung zu kürzen.

CDU: Maßhalten!

Für die CDU/CSU sagte Dr. Vogel, die Bundesrepublik müsse für ihre äußere Sicherheit ebensoviel aufbringen wie für die soziale Sicherheit, und es sei fraglich, ob sie für die Verteidigung der freien Welt schon ebensoviel geleistet habe wie ihre Verbündeten. Es bestehe kein Zweifel, daß die Hochkonjunktur auch für Westdeutschland vorüber sei. Aber eine stabile Wirtschaftslage sei besser als eine Überhitze. Die Parole sollte sein: „Maßhalten in allen Dingen.“

Braun kündigt bemannte Rakete an

Freiwilliger für den ersten Versuch bereits ausgesucht

Washington (ap). Der deutsche Raketenforscher Wernher von Braun erklärte in Washington, er könne innerhalb eines Jahres eine bemannte Rakete 240 Kilometer hoch in den Weltraum schießen, wenn man ihm die Erlaubnis dazu gebe, Der Flug soll mit einer „Redstone“-Rakete durchgeführt werden und nur etwa zehn Minuten dauern.

Wie von Braun erklärte, würde die Rakete mit einer Geschwindigkeit von 1500 m/sk in die Höhe fliegen, dort etwa fünf Minuten verweilen und mit etwa der gleichen Geschwindigkeit zur Erde zurückkehren. Der Raketenpassagier, der in einer rund eine Tonne schweren Kabine untergebracht wäre, könne nach Ansicht von Brauns während der Pause Beobachtungen anstellen und dann wieder sicher — wenn auch vielleicht bewußtlos — im Meer landen. Einen Freiwilligen für diesen ersten Raketenflug eines Menschen habe er bereits ausgesucht. Von Braun erklärte, daß dieses Projekt auch für den

Truppentransport weiterentwickelt werden könnte. Mit einer Interkontinentalrakete könne man später vielleicht einen Menschen in etwa 30 Minuten über den Atlantik schicken.

Von Braun, der vor einem Sonderausschuß des amerikanischen Kongresses seinen Plan darlegte, betonte, daß die USA sich mit dem ersten bemannten Raketenflug beeilen müßten, weil sonst womöglich die Sowjetunion als erste einen solchen Flug unternähme. Auch ein erster Raketenstart zum Mond werde vielleicht eher von der Sowjetunion durchgeführt werden, weil die USA erst in vielen Monaten einen solchen Versuch unternehmen könnten.

Die USA haben in den Jahren 1954 und 1956 im Pazifik sieben bisher geheimgehaltene Atomversuche vorgenommen. Die amerikanische Atomenergiekommission teilte auf das Drängen verschiedener Wissenschaftler mit, daß drei der Versuchs-Explosionen 1954 und vier im Jahre 1956 erfolgt seien.

Atomwaffen für NATO-Truppen

Ergebnisse der Pariser Konferenz — Norstad rügt Redseligkeit

Paris / Washington (dpa/ap). Die Verteidigungsstrategie des Nordatlantikkpakt wird sich künftig auf einen starken Schild von Streitkräften stützen, die sowohl mit herkömmlichen als auch mit atomaren Waffen ausgerüstet sind. Außerdem will die NATO eine engere Zusammenarbeit bei der Rüstungsproduktion und der militärwissenschaftlichen Forschung einleiten. Dies sind die Hauptergebnisse der Pariser Konferenz der Verteidigungsminister.

In ihrem Schlußkommuniqué äußerten die Minister die Überzeugung, daß es durch fortschreitende Modernisierung der NATO-Streitkräfte in Europa möglich sein werde, die Verteidigungsstärke nicht zu vermindern, während die Bemühungen um eine Abrüstungsvereinbarung mit dem Osten fortgesetzt werden. Die Pariser Beschlüsse sollen den Außenministern der NATO-Staaten als Arbeitsgrundlage bei ihrer Tagung vom 5. bis 7. Mai in Kopenhagen dienen.

Verblüffung erregte bei den Verteidigungsministern nach dem Bericht eines Gewährsmannes die Weigerung Norstads, ihnen Auskunft darüber zu geben, welche Länder außer Frankreich und Großbritannien noch zur Übernahme von Raketenbasen bereit seien. Alliierte Quellen hatten wissen lassen, Norstad habe bereits mit der Türkei, Italien und Holland diesbezügliche Vorverhandlungen geführt. Norstad stützte seine Weigerung auf Sicherheitsrücksichten und beklagte sich dann über Verletzungen des Geheimcharakters der Konferenz durch Teilnehmer gegenüber Pressevertretern. NATO-Generalsekretär Spaak pflichtete dem General bei.

Atomgeheimnisse an Verbündete

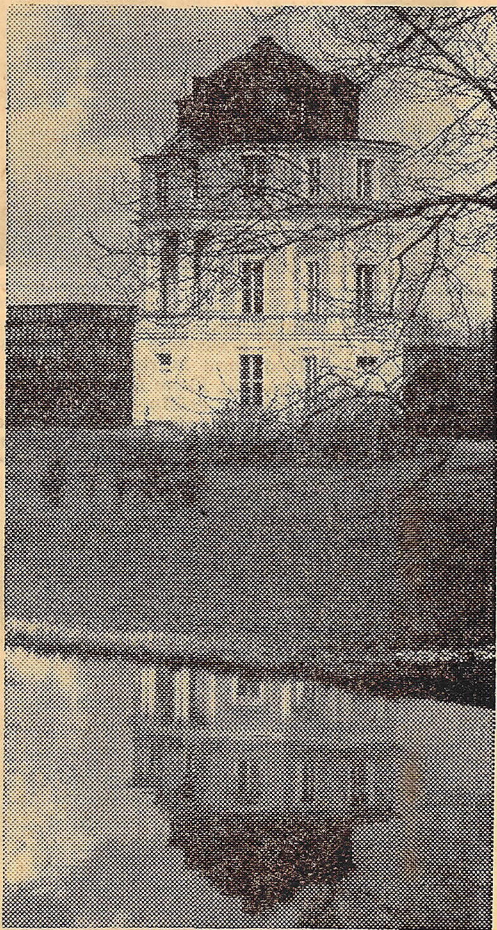
Außenminister Dulles hat vor einem Atomenergieunterausschuß beider Häuser des Kongresses nachdrücklich die Annahme einer Gesetzesvorlage der Regierung empfohlen, die

vorsieht, daß die Vereinigten Staaten ihren Verbündeten gewisse Atomgeheimnisse mitteilen. Der Minister warnte vor der Gefahr einer Überlegenheit der Sowjets auf atomarem Gebiet, die entstehen könne, wenn man sich nicht zu einer gemeinsamen Auswertung bisher geheimgehaltener Kenntnisse entschließe. Die Annahme des Entwurfs sei auch wegen der Bemühungen um eine Rüstungsbegrenzung unerlässlich.

Nasser

will zur Gipfelkonferenz

Kairo (dpa). Die Vereinigte Arabische Republik will auf einer Konferenz der Regierungschefs vertreten sein, falls dort Nahost-Fragen behandelt werden. Ein ägyptischer Regierungssprecher erklärte im Kairoer Rundfunk, man müsse bedenken, daß die Zeiten vorbei seien, in denen man verhandelt habe, ohne die betroffenen Völker zu befragen.



Belvedere präsentiert sich den Berlinern im Schloßpark Charlottenburg im neuen Gewande. Nur die Putten sind noch nicht ganz fertig.

Stellenpläne unter der Lupe

W. Bonn (Eigenmeldung). 24 Stunden nach der ersten Lesung im Bundestagsplenum hat der Haushaltsausschuß mit der Beratung des Haushaltsgesetzes 1958 begonnen. Gleich am ersten Tage wurden einige neue Personalanforderungen der Regierung gestrichen. Im Justizhaushalt hat der Bundesfinanzminister die Stellenmehranforderungen zurückgezogen, da er von vornherein mit einer Ablehnung rechnen mußte. Nur für die Bearbeitung der Strafrechtsreform wurden fünf neue Stellen bewilligt. Anscheinend ist der Haushaltsausschuß entschlossen, fast alle neue Personalanforderungen der Regierung zu streichen. Es geht dabei um einen Betrag von insgesamt 25 Millionen DM.



BILDER DER WOCHE: Oben: Kleine Festwoche der Berliner Theater — Vier Premieren von Montag bis Donnerstag. „Fast ein Poet“. Professor Oscar Fritz Schuh holte sich für seine glanzvolle Berliner Abschiedsinszenierung Paula Wessely, Attila Hörbiger (im Bild) und Marianne Hoppe zum Kurfürstendamm. O'Neills dramatisches Familienporträt hatte am Dienstag Premiere. — Unten: Ein geglückter Wurf. Präsident Eisenhower eröffnete das erste Spiel der diesjährigen amerikanischen Baseball-Saison. Mit sichtlich freudiger Spannung verfolgt „Ike“ den von ihm ins Spielfeld geworfenen Ball.

